

Klaus Schneider

# Flexibilität, Beschäftigungsfähigkeit und Armut

## Prekarisierung in einer dynamisierten Arbeitswelt

### Armut, Arbeitsmarkt und Prekarisierung

Die Schlagworte Weiterbildung, Anpassungsfähigkeit, Mobilität und Flexibilität werden in der aktuellen Armutsdebatte kontrovers diskutiert. Unbestritten destabilisieren der Strukturwandel und die fortschreitende Modernisierung der Arbeitsgesellschaft die Erwerbsperspektiven von Arbeitsuchenden, die häufig trotz Qualifikation und Motivation keine Arbeit finden. Heute garantieren weder Berufserfahrung noch besondere Fähigkeiten oder formale Kompetenzen eine kontinuierliche Beschäftigung, so dass lebenslanges Lernen, Flexibilität und berufliche Mobilität für die existentielle Sicherung durch Erwerbsarbeit keine Option, sondern eine Obligation darstellen.

Während 3/4 der arbeitenden Bevölkerung in Luxemburg über ein gesichertes Einkommen verfügen, erwirtschaftet das untere Viertel der Erwerbstätigen (wenn überhaupt Arbeit vorhanden ist) aufgrund prekärer Beschäftigungssituationen nur das Lebensnotwendigste. Diese Dynamik des Arbeitsmarktes und die zunehmende Prekarisierung von Beschäftigung führen zu einer Diskontinuität von Erwerbsverläufen, die die Lebenswelt einer neuen Gesellschaftsschicht prägen.<sup>1</sup> „Wir können die Prekariert mithin als Grenzgänger einer veränderten

*Arbeitswelt beschreiben. Sie bewegen sich durch das unwegsame Gelände von Minijobs, Praktika, Leiharbeit, befristeten Tätigkeiten und staatlichen Unterstützungsleistungen. Sie stehen nicht nur sporadisch oder periodisch, sondern dauerhaft zwischen Arbeitslosigkeit und Armut trotz Erwerbstätigkeit hin- und hergeworfen, sie kämpfen um Aussicht auf stabile Beschäftigung und gegen berufliche bzw. arbeitsweltliche Ausschlussdynamiken“* (Vogel 2008: 15). Damit rückt die ehemals existenzsichernde Funktion der Erwerbsarbeit sowie die Kopplung von Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe für immer mehr Menschen in weite Ferne. Dies trägt zu einem Anstieg diskontinuierlicher Erwerbsverläufe bei, die „keine Ausnahmeerscheinung darstellen, sondern zur Normalität geworden sind“ (Schaeper et al. 2000: 80).

Die Kopplung von Arbeitslosigkeit und Armut führt dazu, dass 52 % der Arbeitssuchenden in Luxemburg einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Neben dieser Gruppe weisen Alleinerziehende sowie kinderreiche Familien mit 44 % eine überproportionale Armutsgefährdung auf. Trotz der hohen Sozialleistungen und der im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Löhne und Beschäftigungsquote berechnet die OECD für Luxemburg ein Armutsrisiko von 13 %. Wenngleich dieser Wert unter dem Durchschnittswert der europäischen Union liegt, so stellt dies eine

große Herausforderung für den luxemburgischen Staat dar.<sup>2</sup> Ein weiterer Kennwert im Kontext der Prekarisierung ist die seit Jahren zunehmende Arbeitslosigkeit. Zwar ist die Zahl der Arbeitsuchenden gegenüber dem Höchststand im Februar 2010 von 16 649 auf 15 140 Personen im Juli 2010 gefallen und die sozialversicherungs-pflichtigen Arbeitnehmer konnten auch im Jahr 2010 zulegen.<sup>3</sup> Jedoch verweist der langfristige Trend auf eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation für benachteiligte, gering qualifizierte Arbeitskräfte und markiert immer mehr heimische geringqualifizierte Arbeitskräfte trotz Wirtschaftswachstum als *Nichtproduktive* und *Überflüssige* (Böhnisch/Schröer 2001).<sup>4</sup> Im Folgenden sollen einige Dimensionen der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik kurz dargestellt werden.

### Employability, Flexicurity und lebenslanges Lernen

Im Jahr 2000 wurden im Rahmen der Lissabon-Strategie die Eckpfeiler einer europäischen Wirtschaftspolitik festgelegt. Die Zielsetzung dieser Strategie besteht darin, Europa zu einer wettbewerbsfähigen, auf Wissen basierten Ökonomie zu

Klaus Schneider, Dipl. Pädagoge, ist Leiter des Kompetenzzentrums bei Inter-Actions.

generieren. Die Ausrichtung dieser Strategie findet in der neuen Agenda EUROPE 2020 ihre Fortsetzung und soll Europa ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, gute Arbeitsbedingungen und soziale Kohäsion in einem globalisierten Markt garantieren.<sup>5</sup>

Die Evaluation der sozialen Dimension erfolgt mit den 2001 in Laeken entwickelten Strukturindikatoren. Die Auswertung der sog. Laeken-Indikatoren in den Mitgliedsstaaten als multidimensionales Monitoring-System der Sozialen Kohäsion ermöglicht auch die Umsetzung und Prüfung der sozial- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Die 18 Indikatoren verteilen sich auf die Dimensionen Armut, Gesundheit, Bildung und Beschäftigung und werden über das Europäische Haushaltspanel (European Community Household Panel) ermittelt.<sup>6</sup>

Beide EU-Strategien gründen auf einem eingeschränkten Zugang zu den Ressourcen und Kompetenzen der Wissensgesellschaft. Folglich setzen Fortschritt und nachhaltige Wachstumspolitik einer auf Wissen und Technik basierenden globalen Ökonomie auch die Befähigung und Beteiligung aller Bürger voraus.<sup>7</sup> Eine digitalisierte, hochtechnisierte Lebens- und Arbeitswelt erfordert demnach Menschen, die ihre Kompetenzen umzusetzen wissen und hiermit die Funktionsfähigkeit und Weiterentwicklung der digitalen Moderne garantieren.

Die Beschäftigungsfähigkeit<sup>8</sup> (Employability) ist ein arbeitsmarktfixierter Begriff, der die ökonomisch orientierte Nutzung von Fertigkeiten und Fähigkeiten hervorhebt. Sie definiert sich über die Anpassung an potentielle Vermittlungsperspektiven und somit über die Qualifizierung und Aktivierung Arbeitsuchender unter Nutzung vorhandener Ressourcen, Fähigkeiten und Fertigkeiten und deren potentielle Verwertbarkeit hinsichtlich einer (Re-)Integration in den ersten Arbeitsmarkt. In seinem Kern enthält das Konzept der Employability eine Forderung an arbeitsuchende Menschen: Sie sollen sich selbst durch Anpassungsleistungen und durch die Verwertung verfügbarer Ressourcen eine Arbeitsaufnahme erschließen. Damit entscheidet insbesondere die soziale Herkunft darüber „wer welche Zugänge zu den Gütern hat, die für die Ausbildung seines Humankapitals entscheidend sind. Soziale Gerechtigkeit wird damit einer-

seits biografiziert und andererseits zu einer Frage der potentiellen Nutzungsmöglichkeit von Ressourcen im Wettbewerb“ (Lenz et al. 2004: 52).

### Flexicurity

Im Zuge der destandardisierenden Entwicklungstendenzen der modernen Arbeitsgesellschaft wird Mobilität (Loslösung sowohl vom sozial-räumlichen Bezugsfeld als auch von der betrieblichen Zugehörigkeit) zu einer Voraussetzung der Beschäftigungsfähigkeit. Die seit 20 Jahren geführte Flexibilisierungs- und Mobilitätsdebatte, die den europäischen Ansatz der Flexicurity entstehen ließ, soll die interne und die Inramobilität zwischen einzelnen Beschäftigungsverhältnissen mittels sozialer Absicherungs- und Stützsyste abfedern (Vobruba

---

### **Die Kopplung von Arbeitslosigkeit und Armut führt dazu, dass 52 % der Arbeitsuchenden in Luxemburg einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind.**

---

2007). Damit wird einerseits die flexible Anpassung und die Bereitschaft zum beruflichen Wechsel als präventive Maßnahme zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit gefördert und gleichzeitig die soziale Sicherheit von Betriebs- und Ortswechsel mithilfe eines starken Sozialsystems ermöglicht werden. So fordert die EU ihre Mitgliedsstaaten auf, „ihre nationalen Flexicurity-Konzepte – wie vom Europäischen Rat vereinbart – umzusetzen, um die Segmentierung des Arbeitsmarktes abzubauen und Übergänge sowie die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu erleichtern“ (KOM 2010: 23). Die durch die EU-Kommission festgelegten Rahmenbedingungen der Flexicurity sollen die Anpassung an die sich verschärfende und zunehmend flexibilisierte globale Wettbewerbssituation garantieren. Ein Beispiel der erfolgreichen Umsetzung der Flexicurity ist die dänische Arbeitsmarktpolitik.<sup>9</sup>

Kritisch betrachtet ist der Begriff Flexicurity Kennzeichen einer gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber prekären Erwerbsbiographien und der Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen (Mansel 2001).

### **Lebenslanges Lernen und die zukünftigen Generationen**

Während Wissen immer schneller veraltet und lebenslanges Lernen propagiert wird, werden Jugendliche im Verlauf der schulischen Sozialisation immer noch mit dem Anspruch konfrontiert, verwertbares Wissen für ihre Zukunft aufzubauen. Die Unvorhersehbarkeit zukünftiger Berufswege macht die Planung und damit auch die Inhalte schulischer Curricula zu einem Balanceakt, der sich zwischen elementarer Wissensvermittlung und flexibler zukunftsorientierter Vermittlungen von Schlüsselqualifikationen bewegen muss. Neben den Hard-Skills haben Soft-Skills für die Anpassung an die sich rasant verändernde Arbeitswelt der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft eine große Bedeutung. Ralf Dahrendorf hat darauf hingewiesen, dass sog. „extra-funktionale Fertigkeiten“ den Vollzug moderner Produktionsverfahren effektiver gestalten können und bereitet damit den Weg für die Mitte der 1970er Jahre geführten Diskurs zu den Schlüsselqualifikationen. Neben der Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten wird die moderne Schule das überfachliche Wissen, die Befähigung zur Selbstbestimmung und zum eigenständigen Lernen sowie Kulturtechniken und Persönlichkeitsentwicklung beinhalten.

### **Alternative Perspektiven: Capability Approach und Handlungsbefähigung**

Nach dem Konzept des Capability Approach stellt der Verlust einer Arbeit auch über den Verlust des Einkommens hinaus eine maßgebliche Reduzierung an Verwirklichungschancen dar. „Es gibt eine Reihe von Belegen dafür, dass Arbeitslosigkeit viele weitreichende, über die unmittelbare Einkommenseinbuße hinausgehende Auswirkungen hat, etwa psychische Beeinträchtigung, Verlust an Arbeitsmotivation, Können und Selbstvertrauen, Zunahme von körperlichen Leiden und Kränklichkeit“ (Sen 2000). Eine weitere Einschränkung wird unter dem Stichwort der adaptiven Präferenzen diskutiert: Personen, die unter Lebensbedingungen der Armut und Ausgrenzung leben, fügen sich häufig in ihr unvermeidbares Schicksal und können keine über die Lebenssituation hinausgehenden Wünsche entwickeln. Aufgrund dieser adaptiven Präferenzen werden

Verwirklichungschancen reduziert, die Orientierung an gesellschaftlich determinierten Lebensbedingungen verstärkt und die Ausgestaltung von Alternativen blockiert.<sup>10</sup> Demnach unterstützen adaptive Präferenzen die Akzeptanz objektiver Armut, so dass subjektives Erleben von Armutssituationen nicht mit subjektiv empfundenem Unglück einhergehen muss. Während der Capability Approach Armut als Mangel an Verwirklichungschancen definiert, operieren klassische Armutsdefinitionen mit ökonomischen Indikatoren zur Definition von absoluter und relativer Armut. Absolute Armut ist gekennzeichnet durch eine Unterversorgung an basalen Gütern, die eine Bedrohung der Existenz darstellt. Relative Armut wird als Unterschreitung eines definierten Mindest-Haushaltseinkommens festgelegt und beträgt in Europa 60 % des Medianwerts des Einkommens in einem Staat. Die Personen, die unter dieser Armutsschwelle leben, werden als „arm“ eingestuft. Dabei kennzeichnet die Festsetzung der Armutsgrenze auf 60 % des Medianeinkommens eine gewisse Willkür in der europäischen Armutsberichterstattung. Prinzipiell entscheidet ein Euro über oder unter dieser Grenze hinsichtlich der Zuordnung von Personen in die Gruppe der von Armut Betroffenen. Diese Erfassung der Armutsquote kann erheblich von der subjektiven Beurteilung der Betroffenen abweichen. Darüber hinaus kann eine auf nationaler Ebene berechnete Armutsquote die regionalen und lokalen Unterschiede in der Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen nicht darstellen. Die meisten empirischen Studien beschäftigen sich mit der Korrelation zwischen dem Einkommen und dem Wohlergehen. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern ein Einkommen, das über dem Wert von 60 % des Medianeinkommens liegt, den Kriterien des Wohlergehens bzw. Wohlbefindens entspricht. Die Willkür in der Festlegung des Armutsrisikos offenbart sich hier besonders, da Wohlergehen nicht durch ein Stufenmodell erklärt werden kann und sich nicht auf eine Dimension reduzieren lässt. *„Average utility is an imprecise number, which does not tell us enough about different types of people and their relative social placement“* (Nussbaum 2007: 72).

Die Perspektive des Capability Approach ist jedoch breiter angelegt: Sein operativer Kern besteht in der Befähigung zu einem

gelingendem Leben. Martha Nussbaum orientiert sich mit dieser Begrifflichkeit an dem sozialdemokratischen, liberalen Aspekt der aristotelischen Gerechtigkeitstheorie. Sie bezieht sich auf die von Aristoteles formulierte Aussage, dass der Zustand des Staates an der Konstitution gesellschaftlicher Bedingungen zu bewerten sei, die allen Menschen ein glückliches und gutes Leben gewähren. Dabei ist nicht allein die Gewähr einer Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch die Befähigung eines Jeden zum Führen eines guten menschlichen (gelingenden) Lebens zu berücksichtigen (Nussbaum 1999).

---

**Personen, die unter Lebensbedingungen der Armut und Ausgrenzung leben, fügen sich häufig in ihr unvermeidbares Schicksal und können keine über die Lebenssituation hinausgehenden Wünsche entwickeln.**

---

Damit geht der Capability Approach zurück auf Theorien und Forderungen von Adam Smith<sup>11</sup> und Karl Marx<sup>12</sup> und appelliert an die Politik, allen Menschen die Freiheit zu gewähren, ihre individuelle Lebensvorstellung zu verwirklichen. *„Staat und Gesellschaft kommt die große Verantwortung dafür zu, die menschlichen Verwirklichungschancen zu erweitern und zu schützen“* (Sen 2000: 70). Nach dem Ideal des Capability Approach bleibt es also den einzelnen Menschen vorbehalten, sich im Rahmen institutionell zu garantierender Dispositionen für die individuelle Nutzung oder Umsetzung von Verwirklichungschancen zu entscheiden. Neben der freien Entscheidung des Einzelnen und der individuellen Verwirklichung von Fähigkeiten setzt der Verwirklichungsansatz auch die Beteiligung der Bürger/innen an demokratischen Prozessen voraus (Sen 2000, Nussbaum 1999).

Im Gegensatz zum Konzept der Employability werden Forderungen primär an den Staat und an die Politik adressiert und in geringerem Maße an den Einzelnen. Die Ansprüche an die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und an die Schaffung gesellschaftlicher Zugänge liegen damit um einiges höher.

## Schlussfolgerungen

Aufgrund des Mangels an finanziellen, sozialen oder auch psychischen Ressourcen sind die Herausforderungen einer individualisierten und entgrenzten Arbeitsgesellschaft vor allem für bildungsbenachteiligte Personen mit dem Risiko sozialer Deprivation verbunden. Die Nutzung von Ressourcen und die Stärkung des Selbstvertrauens unterstützen einen proaktiven Umgang mit der Arbeitslosigkeit. Gleichsam sollten die Trägerstrukturen (sprich Beratungsstellen, Arbeitsamt, Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger sowie andere Akteure) sich nicht allein auf kompensatorische Unterstützungsleistungen konzentrieren, sondern die Handlungsbefähigung des Einzelnen zur Bewältigung diskontinuierlicher Biographien und zur selbstbestimmten Lebensführung unterstützen. Ein wichtiger Indikator für den Erfolg der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist die Vernetzung der Strukturen und die Koordination der sozialpädagogischen Angebote mit den beschäftigungsfördernden Strukturen des Arbeitsamtes zur subjektorientierten, nachhaltigen Entwicklung, Qualifizierung und Beschäftigung.

Im Kontext der anvisierten Reformierung der Sozialhilfe und des Gesundheitswesens sollten die aufgezeigten theoretischen Dimensionen einer handlungsbefähigenden Sozial- und Beschäftigungspolitik als mögliche Perspektiven in die politische Diskussion eingeführt werden. ♦

1 Siehe Dörre 2010 & Bonß 2000

2 EUROSTAT 2010

3 Aufgrund dieser strukturellen Arbeitslosigkeit wird ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,5 % im Jahr 2012 und eine Schuldenentwicklung der öffentlichen Hand von 14,9 % im Jahr 2009 auf über 37,4 % des BIP im Jahr 2014 prognostiziert, wodurch die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit zusätzlich erschwert wird. Unberücksichtigt bleiben Grenzgänger und Arbeitnehmer, die nach Vertragsende in ihre Heimat zurückkehren und ihr Arbeitslosengeld im Ausland beantragen. Ein neues Gesetz wird ab dem 1.5.2012 den Anspruch auf Arbeitslosengeld für alle EU-Bürger umsetzen. Weiterhin melden sich ca. ¼ aller Arbeitssuchenden in Luxemburg nicht bei der ADEM (LW, 1.12.2009). „Parmi les chômeurs étrangers, 78 % se sont inscrits à l'ADEM en 2008 contre 63 % des chômeurs luxembourgeois“ (Frising/Reichmann 2009: 2).

4 Gouvernement 2010

5 Der in der Lissabon-Strategie formulierte Aspekt der sozialen Kohäsion soll mittels Wirtschaftswachstum und Aktivierung des Humankapitals realisiert werden.

6 1. Armutsgefährdungsquote, 2. Ungleichheit der Einkommensverteilung, 3. Quote der dauerhaften Armutsgefährdung, 4. Relative Armutsgefährdungslücke, 5. Regionaler Zusammenhalt, 6. Langzeitarbeitslosenquote, 7. Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten, 8. Schulabbrecher, 9. Lebenserwartung, 10. Eigene Gesundheitswahrnehmung nach Einkommensniveau, 11. Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle, 12. Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung, 13. Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen, 14. Quote der dauerhaften Armutsgefährdung, basierend auf 50 %-Schwellenwert, 15. Ungleichheit der Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient), 16. Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit, 17. Extrem-Langzeitarbeitslosenquote, 18. Personen mit niedrigem Bildungsstand, nach Alter und Geschlecht. Zur Diskussion der Laeken-Indikatoren siehe Salais (2004).

7 Vgl. Rothe 2008

8 Im Vertrag von Amsterdam 1997 wurde der Begriff der Employability mit dem Ziel einer EU-weit einheitlichen Beschäftigungspolitik definiert. „Der erste Gemeinsame Bericht über die soziale Eingliederung und die Festlegung eines Bündels gemeinsamer Indikatoren sind wichtige Elemente der in Lissabon festgelegten Politik zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der sozialen Eingliederung, auch im Gesundheits- und Wohnungswesen“ (Europäischer Rat 2001: 8).

9 Hierzu Jensen 2009

10 Diesen Aspekt hat Lazarsfeld in seiner quantitativen Studie zur Berufswahl Jugendlicher bereits 1931 dargestellt: „Der sozial benachteiligte junge Mensch hat weniger gesehen, weniger gelesen, von weniger gehört, hat in seiner ganzen Umgebung weniger Veränderung erlebt als der sozial bevorzugte und ‚weiß‘ also einfach weniger Möglichkeiten. (...) Dann kann man nämlich sagen: je sozial bedrückter eine Gruppe ist, um so weniger weitgreifend, um so lahm und von vornherein bescheidener ist die Berufswahl ihrer Kinder. (...) Und die Differenz zwischen objektiver und psychischer Umgebung scheint eben mit der sozialen Benachteiligung zu wachsen“ (Lazarsfeld 1931: 19).

11 Der schottische Philosoph und Nationalökonom Adam Smith hat bereits 1776 auf die relativen Aspekte von Armut hingewiesen und diese konkretisiert. Ein Beispiel relativer Armut ist nach Smith (1974) die Fähigkeit, sich in der Öffentlichkeit ohne Scham zeigen zu können („appearing in public without shame“) und soziale Ausgrenzung sowie weiterführende Deprivation (Kontaktverlust, Arbeitslosigkeit, kultureller Zugang usw.) zu vermeiden. „The ability to live a life without being ashamed of one's clothing, etc., is another that has been seen as important, going back at least to Adam Smith and Karl Marx“ (Sen 1985: 46). Sen verdeutlicht die relative Betrachtungsweise von Armut anhand realisierbarer Funktionen: „In the richer countries, the functionings involving longevity, nourishment, basic health, avoiding epidemics, being literate, etc., may have less variation from person to person, but there are other functionings that vary a great deal. The ability to entertain friends, be close to people one would like to see, take part in the life of the community, etc., may vary a good deal even within a rich country, such as the USA or the UK“ (Sen 1985a: 46).

12 Das materialistische Modell von Marx geht von einer monokausalen Ungleichheit der Klassen infolge der ungleichen Verteilung von Kapitalbesitz aus.



## Literatur

Bonß, W. (2000): Was wird aus der Erwerbsgesellschaft. In: Beck, U. (Hg.) (2000). *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*. Frankfurt a.M. 327-415.

Böhnisch, L./Schröer, W. (2001): *Pädagogik und Arbeitsgesellschaft. Historische Grundlage und theoretische Ansätze für eine sozialpolitisch reflexive Pädagogik*. Weinheim & München.

Dörre, K. (2010): „Die neue Landnahme: Prekarisierung und Finanzmarktkapitalismus“. In: *neue praxis* 1/2010. 5-24.

Europäischer Rat (2000): *Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 23. und 24. März 2000. LISSABON* [www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm) (Zugriff am 10.5.2010)

EUROSTAT (2010): *Statistics in focus 9/2010. Population and social conditions*, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-SF-10-009/EN/KS-SF-10-009-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-10-009/EN/KS-SF-10-009-EN.PDF) (Zugriff am 21.7.2010)

Frising, A./Reichmann L. (2009): *Regard sur le chômage. Qui s'inscrit à l'Administration de l'emploi?* Bulletin du STATEC N° 3-2009. STATEC: Luxembourg.

Gouvernement (2010): *11th Update of the Luxembourg Stability and Growth Programme for the Period 2009-2014*. [www.mf.public.lu/publications/programme/11e\\_progr\\_stability.pdf](http://www.mf.public.lu/publications/programme/11e_progr_stability.pdf) (Zugriff am 1.5.2010)

Jensen, N. R. (2009): „Social work in restructured European welfare systems“. *European Journal of Social Work*. 12 (4).

KOM, Europäische Kommission (2010): *EUROPA 2020. Mitteilung der Kommission. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. Brüssel.

Lazarsfeld, P.F. (1931): *Jugend und Beruf*. Jena.

Lenz, K./Scheffold, W./Schröer, W. (Hg.) (2004): *Entgrenzte Lebensbewältigung. Jugend, Geschlecht und Jugendhilfe*. Weinheim & München.

*Luxemburger Wort* vom 1.12.2009

Mansel, J. (2001): „Neue Ängste Jugendlicher?“. In: Mansel, J./Schweins, W./Ulbrich-Herrmann, M. (Hg.)

(2001): *Zukunftsperspektiven Jugendlicher. Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen als Herausforderung und Bedrohung für die Lebensplanung*. Weinheim und München. 72-88.

Nussbaum, M. C. (1999): *Gerechtigkeit und das gute Leben*. Gender Studies. Frankfurt a. M.

Nussbaum, M. (2007): *Frontiers of Justice: Disability, Nationality, Species Membership*. Harvard.

Rothe, G. (Hg.) (2008): *Berufliche Bildung in Deutschland. Das EU-Reformprogramm „Lissabon 2000“ als Herausforderung für den Ausbau neuer Wege beruflicher Qualifizierung im lebenslangen Lernen*. Karlsruhe.

Salais, R. (2004): „La politique des indicateurs. Du taux de chômage au taux d'emploi dans la stratégie européenne pour l'emploi (SEE)“. In: Zimmermann, B. (Hg.) (2004): *Action publique et sciences sociales*. Paris.

Schaeper, H./Kühn, T./Witzel, A. (2000): *Diskontinuierliche Erwerbskarrieren und Berufswechsel in den 1990ern: Strukturmuster und biografische Umgangsweisen betrieblich ausgebildeter Fachkräfte*. Heft 1. Nürnberg. 80-100.

Sen, A. K. (1985a): *Commodities and capabilities*. Amsterdam.

Sen, A.K. (2000): *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München u. Wien.

Smith, A. (1926): *Theorie der ethischen Gefühle*. Bd. 1. Hamburg.

Smith, A. (1974): *Der Wohlstand der Nationen*. München.

Vogel, B. (2008): „Prekarität und Prekariat – Signale neuer sozialer Ungleichheit“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. 33-34/2008. 12-18.

Vobruba, G. (2007): *Entkoppelung von Arbeit und Einkommen: Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft*. 2. Aufl.. Wiesbaden.